

# Die italienischen Industrien und der Achtstundentag

Autor(en): [s.n.]

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **18 (1926)**

Heft 11

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-352246>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Aus dem Internationalen Arbeitsamt.

Vom 14. bis 16. Oktober 1926 tagte in Genf der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes. Als Präsident wurde Fontaine (Frankreich), als Vizepräsidenten wurden Carlier (Belgien) und Oudegeest (Niederlande) wiedergewählt.

Zu Beginn der Session gab der spanische Vertreter die Erklärung ab, dass der Austritt Spaniens aus dem Völkerbund nicht den Austritt aus der Internationalen Arbeitsorganisation nach sich ziehen werde, sondern dass Spanien seine Mitarbeit im Internationalen Arbeitsamt fortsetzen werde.

Die Zahl der von den verschiedenen angeschlossenen Staaten durchgeführten *Ratifikationen von Uebereinkommen und Vorschlägen* der internationalen Arbeitskonferenz erreicht nun 214. Der Verwaltungsrat hat mit Genugtuung davon Kenntnis genommen, dass die belgische Regierung ohne Bedingungen und Vorbehalte dem Washingtoner Abkommen über den Achtstundentag zugestimmt hat.

Eine allgemeine Diskussion veranlasste die Frage der weiteren Entwicklung der *achtstündigen Arbeitszeit* in den verschiedenen Ländern. Die Arbeiterdelegierten protestierten gegen das unterm 30. Juni von der italienischen Regierung erlassene Dekret, das die Ausdehnung der täglichen Arbeitszeit in Italien auf 9 Stunden zulässt. Sie gaben der Befürchtung Ausdruck, dass dieses Vorgehen eine Erschütterung der Grundlagen des Washingtoner Abkommens herbeiführen könne und machten auf die dringende Notwendigkeit einer allgemeinen und raschen Ratifikation dieses Uebereinkommens durch die grossen industriellen Länder aufmerksam. Der Vertreter der italienischen Regierung setzte den Werdegang dieses Dekrets auseinander und erklärte, dass es den Grundsatz des Achtstundentages nicht berühre und dass es in Tat und Wahrheit keine Anwendung gefunden habe. Er fügt bei, dass Italien die von ihm gegebene Unterschrift nicht verleugnen werde und dass es das Uebereinkommen von dem Augenblick an durchführen werde, in dem die von Italien hinsichtlich der Ratifikation gestellten Bedingungen erfüllt seien. (Eine der Bedingungen ist die Ratifikation des Abkommens durch die *Schweiz*.)

Die Vertreter verschiedener Regierungen setzten im Anschluss daran die Schwierigkeiten auseinander, die in ihren Ländern der Ratifizierung des Uebereinkommens entgegenstehen. Sie gaben übereinstimmend die Versicherung ab, dass die Verzögerung vor allem durch die unsichere Wirtschaftslage verursacht sei, dass aber die Regierungen gewillt seien, die Ratifikation des Uebereinkommens sobald als möglich vorzunehmen. Am Schluss der Debatten über diese Frage wurde eine zwölfgliedrige Kommission (vier Vertreter pro Gruppe) eingesetzt, die die Aufgabe hat, den gegenwärtigen Stand der Bewegung für die achtstündige Arbeitszeit zu prüfen und eine Aktion zur Unterstützung der Bestrebungen des Direktors für die Ratifikation des Washingtoner Abkommens einzuleiten.

Hinsichtlich der *Koalitionsfreiheit* nahm der Verwaltungsrat vom Stand der Untersuchungen über diese Frage Kenntnis. Bei dieser Gelegenheit richtete Genosse Jouhauz namens der Arbeitergruppe die Aufmerksamkeit des Verwaltungsrates auf die Uebergriffe der Fascisten in Molinella (Italien), wo die Arbeiter deshalb fortgesetzten Verfolgungen preisgegeben sind, weil sie dem Allgemeinen Italienschen Gewerkschaftsbund treu bleiben wollten. Die Antwort des italienischen Regierungsvertreters veranlasste den Genossen d'Arragona, den gewesenen Sekretär des italienischen Gewerkschaftsbundes, die Ausführungen Jouhauz' zu bestätigen. Die Klagen und Forderungen, die geltend

gemacht worden sind, ebenso die Darlegungen des italienischen Vertreters wurden zurückgestellt bis zur allgemeinen Debatte über die Koalitionsfreiheit, die im Verlauf der nächsten internationalen Arbeitskonferenz stattfinden wird.

Der Verwaltungsrat beschäftigte sich hierauf mit einem Bericht über die geplante Zusammenarbeit zwischen dem Internationalen Arbeitsamt und einer *Zentralstelle für die wissenschaftliche Organisation der Arbeit*. Er nahm in zustimmendem Sinne Kenntnis von Vorverhandlungen, an denen der Direktor des Arbeitsamtes teilgenommen hat und beauftragte ihn, die Unterhandlungen für eine definitive Regelung fortzusetzen.

Der Verwaltungsrat unterzog darauf die Fragen, die für die Tagesordnung der *internationalen Arbeitskonferenz von 1928* in Aussicht genommen werden sollen, einer ersten Prüfung. Für die definitive Prüfung wurden die folgenden Fragen bezeichnet: Verhütung von Arbeitsunfällen (einschliesslich die automatische Kuppelung), Arbeitslosenversicherung und Eingeborenarbeit. Ausserdem wurde auf Antrag des schweizerischen Arbeiterdelegierten beschlossen, es sei der Direktor zu beauftragen, in Verbindung mit der internationalen Eisenbahnvereinigung, die Frage der Schaffung einer *paritätischen Kommission* für die Arbeitssicherheit auf den Eisenbahnen zu prüfen.

Das Datum der Eröffnung der zehnten Session der internationalen Arbeitskonferenz wurde auf den 25. Mai 1927 festgesetzt. Die nächste Sitzung der *paritätischen Kommission für Seefahrtsfragen* wird im Januar 1927 stattfinden. Diese Kommission wird sich begutachtend darüber auszusprechen haben, ob es zweckmässig sei, die Frage der *Arbeitszeit auf Handelsschiffen* auf die Tagesordnung einer ausserordentlichen Session der internationalen Arbeitskonferenz zu setzen.

Der Verwaltungsrat stimmte ferner der auf Ende dieses Jahres vorgesehenen Einberufung der beratenden *Kommission für Landwirtschaftsfragen* zu, die sich zu gleichen Teilen aus Vertretern des Internationalen Arbeitsamtes und Vertretern des Internationalen Instituts für Landwirtschaft zusammensetzt. Die Vertretung des Verwaltungsrates in dieser Kommission wurde von drei auf sechs Mitglieder erhöht.

Die nächste Sitzung des Verwaltungsrates wird Mittwoch den 26. Januar 1927 stattfinden.



## Die italienischen Industrien und der Achtstundentag.

Das Zurückgehen der inländischen Spargelder und das Fehlen ausländischer Kapitalien bereitet den italienischen Industrien grosse Schwierigkeiten, denen es trotz enormen Aktienbeträgen an Betriebsmitteln fehlt für ihre übermässig ausgedehnten Betriebe. Die Bulletins des fascistischen Industriellenverbandes gestehen, dass die Industrie sich in einer schweren Krise befindet. Im folgenden sei die Lage vom Juni, wie sie im letzten Bulletin geschildert wurde, kurz wiedergegeben:

«Die Unternehmungen machen alle Anstrengungen, um ihre Tätigkeit aufrechtzuerhalten; die Möglichkeiten entsprechen indessen nicht immer den Erwartungen. Die Voraussagen für die nächste Zukunft sind im Hinblick auf die allgemeine Lage des innern und äussern Marktes sowie die Geld- und Kreditschwierigkeiten heute immer noch unsicher.

In der Wollwarenindustrie sind die Hechlerinnen noch regelmässig beschäftigt. Auch in den Webereien ist, was feine und mittlere Saisonartikel anlangt, die

Beschäftigung im allgemeinen befriedigend. Die Verkaufspreise gewähren indessen einen immer spärlicher werdenden Verdienst, während die Gestehungskosten eine steigende Tendenz aufweisen und das Hereinbringen von Guthaben sich täglich schwieriger gestaltet.

Die Ausfuhr zeigt — besonders nach dem nahen Osten — eine Verminderung. Im allgemeinen sind die Aussichten für die nächste Zukunft nicht sehr günstig. Eine Verschlimmerung der Lage wird aus der Baumwollindustrie gemeldet, wo die Spinnereibesitzer infolge Absatzschwierigkeiten die Arbeitswoche auf fünf Tage reduzieren mussten. Noch grösseren Schwierigkeiten begegnet die Strumpfwarenfabrikation. Neben Geldknappheit und Kreditmangel macht sich die immer schärfer werdende Schutzzollpolitik der verschiedenen Länder bemerkbar. Auch hier sind die Aussichten für die Zukunft augenblicklich etwas unsicher. Die Bausteinindustrie war im ersten Halbjahr 1926 weniger beschäftigt als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Das Darniederliegen der Bautätigkeit, das beinahe vollständige Aufhören des Exports und die ungünstigen Witterungsverhältnisse bilden die Ursache hiervon. In der keramischen, der Glas- und der Holzindustrie ist die Beschäftigung dauernd schwach. Auch die Gummiindustrie weist keine allzubefriedigende Tätigkeit auf. Der Inlandverbrauch ist zurückgegangen und die Ausfuhr hat mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen.»

Solchermassen lauten die Klagen der fascistischen Industrieorganisationen, die — indem sie die fetten Gewinne von gestern mit Stillschweigen übergehen — das heutige Geständnis als Argument sowohl für ihre Begehren nach neuen staatlichen Begünstigungen, wie auch gegen die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft benützen. Welches auch der Zweck des erwähnten Eingeständnisses sein mag, es zerstört vollständig die Illusion von der wirtschaftlichen Prosperität, auf die die fascistische Regierung immer so stolz war.

Der Fascismus hat die Industriellen mit allen für die Nachkriegszeit so typischen Mitteln begünstigt: Er brachte ihnen die Inflation, mittels welcher sie ihre Gläubiger und die Klasse der kleinen Sparer exproprierten. Er gewährte ihnen eine Steuerbegünstigung, wodurch besonders der Konsument schwer belastet wurde. Er unterstützte sie auch durch einen unerhörten Druck, den er auf die Arbeiterschaft ausübte und durch die Reduktion der Löhne. Er half ihnen durch ein Schutzzollsystem, das mit dem fascistischen Ausdruck «Totalitario» bezeichnet wird, weil es kein Produkt mehr gibt, weder ein industrielles noch ein landwirtschaftliches, das unter dem fascistischen Regime nicht durch einen Zoll geschützt, d. h. für den Konsumenten verteuert wird. Ueberflüssig, beizufügen, dass auch die Entwertung der Lira für die italienischen Waren einen mächtigen Schutz und eine Art «Dumping» bedeutet.

Bei einer solch künstlichen Aufpöpelung haben die Industrien Zeiten gehabt, wo sie recht ansehnliche Gewinne einheimen konnten. Sie haben dabei auch nicht versäumt, sehr hohe Dividenden auszuzahlen.

Von der Textilindustrie wird behauptet, sie bedürfe zur Verminderung der Produktionskosten und um der ausländischen Konkurrenz erfolgreich begegnen zu können, einer unbezahlten Mehrarbeit von einer Stunde, die die Arbeiter zu leisten hätten. Ein Blick auf die Jahresabschlüsse von 1925, die wir in der nachfolgenden, einen Teil der Textilindustrie umfassenden Zusammenstellung veröffentlichen, genügt indessen, um auch dem Laien die Prosperität der betreffenden Unternehmungen ohne weiteres darzutun. Die Angaben stammen aus jedermann zugänglichen Quellen. Die Bilanzen in ihrer Nacktheit sind — vielleicht aus Schamgefühl — nur für eine kleine Zahl von Eingeweihten zu sehen.

Nach Abzug von Gratisaktien, Amortisationen und aller geheimen Reserven wurde von den nachgenannten Unternehmungen an Dividenden verteilt: Wollwarenfabrik Stia 23,6 %, Fabrik Rotondi 25 %, Manufatura Stamperia Lombarda 26,82 %, Centenari & Zinelli 29,75 %, Baumwollspinnerei Solbiate 31,66 %, Fabrik Tosi 32,43 %, Kunstseidenfabrik Ceriano 33,12 %, Cucirini Cantoni Coats 35,63 %, Vereinigte Fabriken von Parabiago 39,82 %, Druckerei de Angeli Frua 39,85 %, Società Filatura Cascami Seta ca. 40 %, A. Cederna & Cie. 41,45 %, Baumwollspinnerei Cantoni 42,92 %, Wollwarenfabrik Cavardo 44,18 %, Baumwollspinnerei Valle di Lanzo 44,23 %, Baumwollspinnerei Francesco Turati 45,98 %.

Ferner verteilten: die Verbaneser Baumwollspinnerei 25 Lire Dividende auf jede Aktie im Wert von 200 Lire; die Baumwollspinnerei Furter 15 Lire auf jede Aktie von 100 Lire; die Baumwollspinnerei Valle di Susa hat bei einem Aktienkapital von 20 Millionen Lire einen Reingewinn von 4,700,000 Lire zu Verteilung gebracht; die Jutificia Napolitana in Neapel hat bei einem Kapital von 3 Millionen mehr als 2 Millionen!!! Lire Reingewinn erzielt; die Baumwollspinnerei Veneto mit einem Kapital von 50 Millionen hatte einen Reingewinn von 8,644,200; die Baumwollspinnerei Val d'Olona mit einem Kapital von 24 Millionen einen solchen von 2,906,510; die Wollwarenfabrik Rossi erzielte bei einem Kapital von 44,550,000 Lire einen Reingewinn von 8,566,750 Lire; die Wollwarenfabrik Targetti bei einem Kapital von 15 Millionen Lire 1,459,148; die Fabrik Toscane bei einem Kapital von 24 Millionen Lire 1,550,623; die Fabrik Festa erzielte bei einem Kapital von 20 Millionen Lire einen Reingewinn von 3,412,340; die Suia Viscosa: Kapital 1 Milliarde, Reingewinn 148,412,776 Lire; die Kunstseidenfabrik Varedo: Kapital 80 Millionen, Reingewinn 13,669,910; die Soie de chatillon: Kapital 150 Millionen, Reingewinn 17 Millionen 475,380; die Kunstseidenfabrik Cerano: Kapital 15 Millionen, Reingewinn 5,058,903; die Linoleumgesellschaft: Kapital 15 Millionen, Reingewinn 1,618,555; die Manifattura Lombarda: Kapital 18 Millionen, Reingewinn 4,829,087.

In diesem Zusammenhang sei noch folgendes erwähnt: Die Aktionärversammlung der Baumwollspinnerei Cantoni beschliesst als ausserordentliche Massnahme, das Aktienkapital von 24 auf 30 Millionen zu erhöhen, indem unter Verwendung des Gewinnsaldos von 1924/25 jenen Aktionären, die bereits im Besitze von vier Aktien waren, je eine Gratisaktie verabfolgt wird. Die Cantoniaktien haben einen Nominalwert von 750 Lire; die vier Aktien machen somit nominell 3000 Lire aus. Die Verzinsung für 1925 — viermal 200 Lire — ergibt 800 Lire, dazu eine neue Aktie im Börsenwert von 4500 Lire (nach Ausübung des Bezugsrechtes und Einlösung des Dividendencoupons), das sind insgesamt 5300 Lire. Es ist also nicht nur das Nominalkapital zurückbezahlt, sondern darüber hinaus noch 75 % verteilt worden.

Heute klopft die Krise an die Pforten der Textilindustrie, und die Industriellen sind die ersten, die nach Massnahmen rufen. Die Rückkehr zu angemessenen und bescheidenen Gewinnen flösst ihnen Angst und Schrecken ein. Sie ziehen daher vor, die Produktion zu vermindern, statt billiger zu verkaufen. Die öffentliche Meinung ist aber der Ansicht, dass eine Industrie, die zirka 80 % ihrer Erzeugnisse ausführt, verpflichtet wäre, zu bescheidenen Preisen zu verkaufen, um auf den ausländischen Märkten die Konkurrenz erfolgreich bekämpfen zu können. *Billiger produzieren, vor allem aber die fetten Dividenden retten*, das ist die Losung. Die Arbeiter 9 Stunden arbeiten lassen und sie nur für 8 bezahlen, das ist der Gedanke, der diese Industriellen in all ihrem Tun und Handeln beseelt.

Glücklicherweise kommt das von der fascistischen Regierung dekretierte Gesetz, das dem Unternehmertum die Einführung des Neunstundentages gestattet, ohne die neunte Stunde bezahlen zu müssen, meist nur in rein ländlichen Gegenden zur Durchführung, wo jede Kontrolle unmöglich ist. Die Industriellen und ihre Verbände bringen nicht den Mut auf, dieses Gesetz zur Anwendung zu bringen, da sie den peinlichen Eindruck fürchten, den sie damit bei den Arbeitern und bei der ganzen nicht direkt interessierten öffentlichen Meinung hervorrufen würden. Der verfolgte und zur Untätigkeit verurteilte Gewerkschaftsbund bereitet somit immer noch Furcht.

Gavroche.



## Die Entwicklung zum positiven Staatsbolschewismus.

Moskau, im August 1926.

Wer nach längerer Abwesenheit zurückkehrt nach Moskau, steht zuerst unter dem Eindruck rein äusserlicher Entwicklungsercheinungen: Eine bemerkenswert starke Bautätigkeit und planmässig getriebene Stadtbildpflege stechen hervor als positive Leistungen; das im europäischen Sinne Negative ist der äussere Mensch. Es wäre sicher nicht gut, beide Erscheinungen als gegensätzlich zu werten, diese ins Zentrum irgendwelcher abschliessender Betrachtungen zu stellen, denn zwischen diesen sofort auffallenden äusseren Erscheinungen liegen all die Dinge eines Fortschrittskampfes, die zum allergeringsten Masse in solchen Formen bemerkbar werden dürften...

Eine neue Losung soll das Wirtschaftsleben der Sovietunion in natürlichere, von einer komplizierten Ueberorganisation befreite Bahnen lenken: «Energieökonomie» ist das gegenwärtige Heilwort, das Rykow mit einer Programmrede in die Massen warf, das er den Wirtschaftsführern, den Leitern der Staatsindustrie, den für die Entwicklung des Staatshandels Verantwortlichen zurief. «Energieökonomie» als angewandte Wirtschaftspraxis, soll die Industrietruste und die Handelskontore befreien von den Bergen beschriebenen Papiere, die als Berichte, als langwierige Auseinandersetzungen untereinander und in vielen, vielen andern Anwendungen noch drohen, zu einer weitem Landplage zu werden, wenn man vermeiden will zu sagen, dass diese Landplage schon in allen Ausmassen kräftig blüht. — Schon immer fiel es im bolschewistischen Russland auf, dass die als Planwirtschaft bezeichnete Warenzirkulation auf ein hervorragendes Moment kapitalistischen Wirtschaftsbetriebes nicht Verzicht geleistet hatte: Die Reklame (in vorzüglicher Anpassung an die Besonderheiten neurussischen Volkslebens) beansprucht in den Kalkulationen und Bilanzen Summen, die absolut nicht Vergleiche mit Europa zu scheuen brauchten. Auch gegen diesen «kapitalistischen Unfug» soll die «Energieökonomie» angesetzt werden.

Es hat noch keinen Wert zu beurteilen, ob und wie und in welchem Umfange sich letztlich die «Energieökonomie» bereinigend in der weitem Wirtschaftsentwicklung Russlands auswirken wird. Der gegenwärtige Zustand der russischen Volkswirtschaft lässt nur schwer Schlüsse solcher Art zu. Die Reorganisation der bolschewistischen Wirtschaftsgrundsätze und -praktiken fällt zusammen mit einer Wirtschaftskrise mit nicht geringen Auswirkungen in verschiedener Hinsicht. Nur logisch, dass zwischen Reorganisation und Krise engste Wechselbeziehungen bestehen.

Man kann so nicht gut sagen, dass die gegenwärtige Krise eine der vielen der bolschewistischen Wirt-

schaftsentwicklung der letzten Jahre ist und auch nicht viel anders auslaufen wird wie die vorangegangenen. Eine in diesem Sinne bedeutungsvolle Begleiterscheinung einer jeden Krise sind die Auseinandersetzungen führender Köpfe der Kommunistischen Partei Russlands. So auch jetzt; und doch, diese Krise hat eine auf andere Töne eingestellte rhetorische Begleitmusik.

Mehr und mehr fällt der Partei als dem ausschliesslichen Organ in der Führung und Kontrolle des Staates und aller ihm anvertrauten Funktionen Verantwortung zu. Mit beispielloser Geduld warten die breiten Massen durch all die Jahre auf Verwirklichung eines Staats- und Gesellschaftslebens, das nun geben soll, was der innere Sinn aller Revolutionskämpfe und -leiden war. Konnte die Partei, konnten die Führer von Staat und Wirtschaft bisher mit einem beispiellosen Geschick, unter kluger Auswertung gegebener Situationen und Komplikationen insbesondere dem Industriearbeiter, aber auch dem armen Bauern den Zukunftsglauben in die Herzen brennen, um eine sehr wenig lebensfrohe Gegenwart zu vergessen, so verlangt nun doch das im primitiv Materialistischen wurzelnde Denken der Arbeiter und Bauern, dass wenigstens eine anfängliche Verbesserung der materiellen Lage der breiten Volksmassen einsetze.

Wir sind in Europa gewöhnt, die primitiven Seiten und Angelegenheiten des menschlichen Lebens und der Volkpsyche zu unterschätzen, dieser Lebensprimitive einen intellektuellen Anstrich zu geben. Die Geschichte hat genügend Beispiele dafür, dass solche Unterschätzungen in Katastrophen enden können. Auch die russischen Revolutionen waren hierfür jüngste Beispiele. So wissen die Führer des Sovietstaates, welche Bedeutung dem Denken und Fühlen der Massen zukommt, und all ihr Tun und Lassen läuft hinaus auf die Befriedigung des gegebenen oder vermeintlichen Willens des industriellen und bäuerlichen Proletariats.

Sind dem Industriearbeiter des Sovietstaates die Agrarprodukte zu teuer, so sind dem russischen Bauer die Industrieerzeugnisse unerschwinglich. War die bisherige Wirtschaftsentwicklung des Sovietstaates begleitet von stetiger aufsteigender Verteuerung aller lebensnotwendigen Produkte, so gipfelt die derzeitige Wirtschaftskrise darin, dass diese Verteuerung zu einem die allgemeine Warenzirkulation verstopfenden Höhepunkt gestiegen ist. Unleugbar liegt in dieser Situation eine Gefahr an sich; zu einem Zeitpunkt, da nach einer verhältnismässig guten Ernte die Lebenshaltung sich verbilligen und damit der langersehnte Austausch der Agrar- und der Industrieprodukte den innern Markt beherrschen müsste, ein besonderer Gefahrezustand. Geübt in der Erkenntnis der Massenpsyche, arbeiten nun alle Kräfte in Partei und Staat auf ein neues Regulativ zum Entweichen angesammelter Enttäuschungen hin; ein Regulativ, das durch allseitige «Energieökonomie» zum positiven Wirtschafts-bolschewismus hinüberleiten soll.

Es ist kein Geheimnis in Russland und es dürfte auch keines im Ausland bleiben, dass gerade gegenwärtig die russische kommunistische Partei von einer scharfen Auseinandersetzungskrise befallen ist. Auch hierfür gilt, was schon anfänglich von der Art der Wirtschaftskrise gesagt worden ist, dass diese Krise nicht die erste ist und wohl auch nicht die letzte sein dürfte, aber sicherlich eine der schärfsten in den gegenseitig angewandten Mitteln ist.

Rykow als Staatslenker und Bucharin als Parteiführer haben in sehr ausführlichen Reden diese Parteikrise behandelt; kennzeichnend ist, dass die Veröffentlichungen des Rykowschen Stenogramms den Referentenhinweis trug: «Ich habe einige Stellen ausgelassen, deren Veröffentlichung in der Presse ich für unzweckmässig erachte.» Diese Einschränkung der Be-